Nr. 449 B 222 Abend-Ausgabe

Berlin

Mittwoch, 22. September 1926 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Mieth, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2963, für den Verkehrsdienst Amt Dönhoff 2600—2626. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Kampfruf gegen Primo

Drohung mit der Republik

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

* **San Sebastian,** 21. September

Die innenpolitische Krise Spaniens spitzt sich aufs schärfste zu, und vielfach wird schon für die allernächsten Tage ein völliger Umschwung in Madrid erwartet. Es ist ein offenes Geheimnis, daß die bekanntesten Politiker Spaniens, die unter der Diktatur sich vom politischen Leben zurückgezogen haben, einen Aufruf an die Nation vorbereiten, der gleichzeitig mit der Einberufung der Nationalvertretung durch Primo an die Oeffentlichkeit gegeben werden soll. Zu den Unterzeichnern dieses Aufrufes gehören u. a. die ehemaligen Ministerpräsidenten Romanones, Sanchez Toca, Garcia Prieto, der frühere Kammerpräsident Villanueva und der von Primo vertriebene frühere Minister Alba sowie die hervorragendsten Namen der spanischen Literatur, Politik usw.

Der Aufruf bekundet den festen Willen der Unterzeichner, mit allen Mitteln den Sturz der Diktatur herbeizuführen. Sämtliche Unterzeichner, ganz gleichgültig welcher politischen Parteischattierung, haben sich von der Monarchie losgesagt. Nur auf Grund der Verfassung bestehe die Monarchie und sei sie aufrecht erhalten geblieben, deshalb dürfe der Thron nicht dauernd die Verfassung außer Kraft setzen.

König Alfons XIII. dürfte über den Ernst der Lage im Klaren sein. Man erwartet von ihm, daß er jetzt sich entscheide. Nimmt er für Primo de Rivera Stellung, so dürfte dies die Monarchie aufs schwerste gefährden.

Primo de Rivera scheint zunächst entschlossen, den Kampf aufzunehmen, obwohl die Offizierkorps sämtlicher Waffen sich gegen ihn erklärt haben, teils in Eingaben und Protesten, teils durch demonstrative Entlassungsgesuche. **Primo** hält in den Kasernen Madrids **die Truppen konsigniert,** wobei jede Kaserne eine besondere Wachtkompagnie zugeteilt erhalten hat, die Primos besonderes Vertrauen genießt und die jeweils anderen Regimentern entnommen ist.

Gegen die Abrüstungs-Sabotage

Amerika schlägt auf den Tisch

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf,** 22. September

Daß die Kritik der Völkerbundversammlung auf die vorbereitende Abrüstungskommission nicht ganz ohne Einfluß geblieben ist, hat deren heute begonnene Tagung gezeigt. Die unglaublich langsame und unerhört parteiliche Art, in der das Militärkomitee nach den bisherigen Proben sich anschickt, auf den ihm vorgelegten Fragebogen zu antworten, scheint nun doch endlich in der vorbereitenden Abrüstungskommission entschiedenen Widerspruch zu finden.

Die Kritik in der Völkerbundversammlung hat dem amerikanischen Delegierten Gibson bzw. der Washingtoner Regierung die Möglichkeit gegeben, mit Aussicht auf Erfolg in der vorbereitenden Kommission einen revolutionären Antrag einzubringen, der in der Form diplomatischen Höflichkeit und eines diplomatischen Revisionsbegehrens rundheraus erklärt, daß die bisherige Arbeit des Militärkomitees ein Skandal gewesen ist, und daß die Methode dieser Arbeit von Grund auf geändert werden muß.

Der Antrag Gibsons, der heute vormittag in der vorbereitenden Kommission eingebracht wurde, besagt, daß alle diejenigen Fragen, die von dem Militärkomitee noch nicht behandelt worden sind, „von einem rein technischen Gesichtspunkt aus ohne jede **Beeinflussung durch politische oder wirtschaftliche Erwägungen** beantwortet werden sollen, und daß das Militärkomitee in seinem Bericht an die vorbereitende Kommission alle verschiedenen Ansichten über jede der Fragen darzulegen hat und sie mit einem Exposé begleiten soll, in dem die Vorteile und die Nachteile jeder Ansicht klar dargelegt werden".

In einem zweiten Teil verlangt der Antrag Gibsons eine **Revision der ganzen bisherigen Arbeit** des Komitees in dem gleichen Sinne.

Darob natürlich großes Schütteln des Kopfes bei allen diplomatischen Bürokraten der Kommission und selbstverständlich erst recht bei den Militärs, die ihr angehören. Der italienische General de Marinis geriet ganz außer sich und erklärte beschwörend, es wäre doch unmöglich, die ganze monatelange Arbeit des Militärkomitees so radikal auf den Kopf zu stellen.

Gibson blieb aber bei seinem Antrag, und Lord Robert Cecil, der ein feines Gefühl für die unerläßlichen Notwendigkeiten besitzt, beeilte sich sofort, einen Vermittlungsantrag einzubringen und den ersten Teil des Gibsonschen Antrages, der sich auf die zukünftige Arbeit bezieht, anzunehmen, während er darum ersuchte, den zweiten Teil, der eine Revision der bereits geleisteten Arbeit fordert, abzulehnen.

Die Auseinandersetzungen über den amerikanischen Antrag in der vorbereitenden Abrüstungskommission versprechen noch interessant zu werden.

Was soll der Ankauf des „Kaiserhof"?

Die Reichsregierung rechtfertigt sich

Zu dem umstrittenen Ankauf des Hotels „Kaiserhof" durch die Reichsregierung äußert sich jetzt das Reichsfinanzministerium folgendermaßen:

„Seit langem besteht allseitige Uebereinstimmung darüber, daß ein erhebliches Maß unproduktiver Verwaltungsarbeit dadurch entsteht, daß die Verwaltungsgebäude, insbesondere die Gebäude der Ministerien sinnlos, weit voneinander entfernt liegen. Offensichtlich sind die großen Erschwerungen, die für das Zusammenarbeiten der Zentralverwaltung dadurch entstehen, daß große und wichtige Ministerien weit abseits von dem eigentlichen Regierungsviertel belegen sind.

Weniger bekannt dürfte der Oeffentlichkeit die Tatsache sein, daß auch die einzelnen Reichsministerien vielfach in einer ganzen Reihe von Gebäulichkeiten arbeiten müssen. Welch erhebliches Maß unproduktiven Verwaltungsaufwandes durch all die Erschwerungen entsteht, die aus solchen räumlichen Trennungen sich ergeben, davon kann man sich eine annähernde Vorstellung machen, wenn man bedenkt, wieviele überflüssige Botengänge erforderlich ist, um den Zusammenhang zwischen den räumlich getrennten Dienststellen aufrechtzuerhalten, und wie sehr es den leitenden Beamten erschwert ist, für die getrennt untergebrachten Dienststellen die Zügel fest in der Hand zu halten.

Seit langem steht es daher außer Frage, daß für die allseits für notwendig erachtete Vereinfachung der Zentralverwaltung die erste Voraussetzung darin besteht, daß die **Zentralverwaltungsbehörden um den Wilhelmplatz herum konzentriert werden.** Eine Möglichkeit, diesen alten Plan seiner Verwirklichung näherzuführen, ergab sich, als die Berliner Hotelgesellschaft in Verfolg der im Hotelgewerbe beabsichtigten Rationalisierungsmaßnahmen sich bereiterklärte, dem Reich das Hotel „Der Kaiserhof" zu verkaufen.

Die Reichsregierung hat, indem sie vorbehaltlich der Entschließung der gesetzgebenden Körperschaften, die den Erwerb des Kaiserhofs vorbereitenden Schritte ergriffen hat, geglaubt, den gesetzgebenden Körperschaften die Möglichkeit schaffen zu sollen, in räumlicher Hinsicht die Zentralverwaltung des Reiches von Grund auf zu vereinfachen. Im Falle des Erwerbes des Kaiserhofs wird das Reich noch Zusammenlegung der Reichszentralbehörden und nach Abstoßung alsdann liegenden Grundbesitzes nicht nur mit wesentlichen Ersparnissen in der laufenden Verwaltung rechnen können; es wird auch angenommen werden können, daß der **Erlös aus dem Verkauf von Grundstücken, die das Reich bei einer räumlichen Zusammenfassung der Reichsbehörden abstoßen kann, erheblich über die Aufwendungen hinausgehen wird, die dem Reich durch den Ankauf des Kaiserhofs erwachsen würden.** Nähere Darlegungen in dieser Hinsicht wird eine Denkschrift bringen, die der Vorlage, mit der die Reichsregierung die Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften zum Ankauf des Kaiserhofs nachsuchen wird, beigefügt werden wird.

*

Die Einwendungen, die aus Gründen des Berliner Fremdenverkehrs und der fiskalischen Sparsamkeit gegen die Ankaufsaktion der Reichsregierung von der Oeffentlichkeit erhoben worden sind, werden durch dieses Communiqué nicht entkräftet. Wenn die Reichsregierung zur selben Zeit, wo aus Sparsamkeitsrücksichten eine Verwaltungsreform im Reichsfinanzministerium vorgenommen wird, 8¾ Millionen Mark zur Erwerbung eines neuen Bürohauses oder, wie es im Amtsstil des Wilhelmplatzes heißt, einer neuen „Gebäulichkeit" aufwenden will, so müßte sie dafür Gründe von solcher Durchschlagskraft und vor allem einen so präzis ausgearbeiteten Plan für die Verwendung des neuen und der dadurch überflüssig gewordenen alten Gebäude in anderen Stadtvierteln haben, daß sie sich nicht hinter eine künftige Denkschrift zu verschanzen braucht. Erst Millionenausgaben machen und dann die Begründung nachliefern, ist ein schlechtes Sparverfahren. (Siehe 3. Seite)

Stresemanns Abschied von Genf

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf,** 22. September

Der deutsche Außenminister Dr. Stresemann, der am Nachmittag Genf verläßt, um sich nach Berlin zu begeben, verabschiedete sich heute mittag von den hiesigen ausländischen und deutschen Pressevertretern in einer Ansprache, in der er seine Genfer Eindrücke wiedergab und einigen unsinnigen Gerüchten, die hier besonders über seine gestrige nächtliche Rede in der deutschen Kolonie im Umlauf sind, entgegentrat.

Stresemann bedauert, daß er Genf schon verlassen müsse, weil er gern an der Völkerbundversammlung bis zu Ende ihrer Tagung teilgenommen hätte, schon um die Methode des Völkerbundes und die Persönlichkeiten, die in ihm arbeiten, genauer kennen zu lernen. **Nachdem aber der französische Ministerrat bereits gestern zu den Besprechungen von Thoiry Stellung genommen hat, habe, wie Stresemann erklärte, seine Berliner Ministerkollegen den begreiflichen Wunsch, nun auch persönlich über diese Unterredung unterrichtet zu werden.**

Stresemann betonte die Einheitlichkeit der Auffassung, die stets in der deutschen Delegation geherrscht habe und deren Politik von einer großen Mehrheit des Parlaments sowie, was ihm noch wichtiger erscheine, **von einer ganz großen Mehrheit des deutschen Volkes unterstützt** werde. Er habe es stets abgelehnt, die Nationen im Völkerbund in „deutschfreundliche" und „deutschfeindliche" einzuteilen, denn man könne von keiner Nation verlangen, daß sie andere Interessen als ihre eigenen im gegebenen Rahmen des europäischen Gesamtinteresses vertreten solle. Er müsse aber als seinen Hauptein druck von den Genfer Verhandlungen feststellen, daß die draußen vielfach herrschende Meinung **gänzlich falsch sei, daß hier im Völkerbund einige große Machtekonzerne den Völkerbund beherrschten.**

Nach allem, was ich hier gesehen habe, erklärte Stresemann, bin ich der Ueberzeugung, daß der Individualismus im Völkerbund viel stärker entwickelt ist, als man draußen ahnt, und daß hier ebenso auch der Sinn für rein sachliche Arbeit und sachliches Zusammenwirken viel stärker ist, als man außerhalb Genfs vielfach weiß.

Sodann kam Stresemann auf die über seine gestrige Rede hier umlaufenden Gerüchte zurück, die sich besonders auf eine übertriebene Meldung eines Mailänder Blattes zu stützen scheinen, und nach denen Stresemann vom Anschluß Oesterreichs an Deutschland und von der „Annexion" Tirols gesprochen haben sollte, über die er mit Briand in Thoiry einig geworden sei. Stresemann stellte die Lächerlichkeit ins rechte Licht, ihm eine so törichte Rede zuzutrauen und zu glauben, daß er mit Briand in Thoiry überhaupt sich an eine Neugestaltung der territorialen Verhältnisse Europas herangemacht habe.

Er stellte seine Ausführungen richtig in dem Sinne, wie es auch in unserer Wiedergabe der Stresemannrede geschieht. Er habe bei der Erwähnung der Fortschritte, die Deutschland in den letzten sieben Jahren gemacht habe, dargelegt, daß es sich heute nicht um eine Verminderung der Rheinlandbesatzung um einige Tausend Mann handele, sondern um die ganze Frage der Besatzung überhaupt, sowie um die Frage der Rückgabe des Saargebietes. Das Recht der Selbstbestimmung, von dem er gesprochen habe, beziehe sich auf die vielleicht im Saargebiet stattfindende Volksabstimmung.

Das alles seien gestern nacht bereits keine Geheimnisse mehr gewesen, da zur gleichen Stunde schon eine Pariser Havasmeldung über den Pariser Ministerrat vorlag, in der alle diese Fragen ausführlich dargelegt sind.

0251